



NEWSLETTER 06/2019

FORUM | MIGRATION



Foto: © Nattakorn – stock.adobe.com

Seehofer will mehr Arbeitsverbote

Insgesamt zehn neue Gesetze zur Migrationspolitik bringt Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) derzeit auf den Weg. Dabei lobt er sich selbst für eine „historische Weichenstellung“ hin zu einer modernen Einwanderungspolitik. Migrationsfachleute und Verbände warnen vor den Vorhaben und haben diese „Hau ab Gesetz I + II“ oder „Flüchtlinge ohne Rechte-Gesetz“ getauft. Der DGB hat nun eine detaillierte Stellungnahme vorgelegt und kritisiert Seehofers Pläne ebenfalls. Diese gäben „Anlass zu großer Besorgnis“ und behindern Integration – vor allem in den Arbeitsmarkt, so das Fazit von DGB Vorstand Annelie Buntenbach.

In Bereichen wie Arbeitsmarkt, Ausbildung, Vermeidung von Ausbeutbarkeit oder soziale Sicherheit führten die meisten Vorschläge der Bundesregierung „zu teilweise drastischen Verschlechterungen“, heißt es in dem Papier. Ein zentraler Kritikpunkt ist die Ausweitung von Arbeitsverboten. Künftig sollen Asylsuchende länger in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen bleiben und während dieser Zeit keiner Erwerbstätigkeit nachgehen dürfen. Auch Menschen

aus so genannten „sicheren Herkunftsstaaten“ soll umfassender als heute untersagt werden zu arbeiten. Schließlich soll ein neuer Status unterhalb der Duldung eingeführt werden. Auch dessen Träger sollen nicht arbeiten dürfen.

Weiterhin sehen die Pläne Seehofers keinen so genannten Spurwechsel vor – also die Möglichkeit für abgelehnte Asylbewerber_innen, zur Arbeitsaufnahme im Land bleiben zu dürfen. „Selbst gut qualifizierte und in den Arbeitsmarkt integrierte Betroffene werden in einem Status existenzieller Unsicherheit gehalten, der auch Ausbeutbarkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse begünstigt“, so der DGB.

Auch der Normenkontrollrat, ein unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung, hat Seehofers „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ scharf kritisiert. Obwohl es keine „akute Krisensituation“ mehr gebe, gleiche die Gesetzgebung zur Migration nach wie vor einem „Ad-hoc-Reparaturbetrieb“, heißt es in einer Stellungnahme.



Die DGB Analyse im Einzelnen: <https://bit.ly/2LxozW2>

INHALT 06/2019

Seehofer will mehr Arbeitsverbote	1
Anerkennungs-News	2
Die Schulen öffnen	2
Sachverständige: Azubis sollen einwandern dürfen	3
Teilnahme am Integrationskurs wird leichter	3
Gewerkschafter_innen nicht seltener menschenfeindlich	3
News + Termine	4
Migranten schulden Deutschland nichts – Kommentar von Ferda Ataman – Publizistin	5



Anerkennungs-News

Thüringer: Mehr Menschen sollen zur Ausbildung einwandern

Ein Bündnis von Landesregierung und Sozialpartnern in Thüringen will sich darum bemühen, dass junge Menschen aus Drittstaaten sich in dem Bundesland ausbilden lassen. Arbeitsministerin Heike Werner (Linke) kündigte an, die so genannte „Thüringer Allianz“ wolle dazu Ausbilder_innen und Belegschaften im Umgang mit ausländischen Kollegen sensibilisieren und die Anerkennung vorhandener Qualifikationen beschleunigen. Azubis sollen sozialpädagogische Betreuung und Sprachförderung erhalten. Zudem soll die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung einen Schwerpunkt „Fachkräftegewinnung im Ausland“ aufbauen.

Bosnien: Sorge wegen Auswanderung nach Deutschland

Das geplante Zuwanderungsgesetz könnte die Zahl der bosnischen Arbeitsmigrant_innen in Deutschland weiter ansteigen lassen. Damir Kapidžić, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Sarajevo, sieht darin ein Problem: „Wie viele Menschen werden in 15 oder 20 Jahren noch hier sein? In den Sommermonaten ist es schon jetzt schwer, gut ausgebildete Arbeiter im Baugewerbe, Elektriker oder auch Krankenpfleger zu finden“, sagte Kapidžić dem Portal Euractiv. 2018 kamen insgesamt 266.000 Menschen als Erwerbsmigrant_innen nach Deutschland – im dritten Jahr in Folge ein Anstieg von über 20 Prozent. Der Anteil von Zuwanderer_innen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo und Mazedonien hat sich seit 2015 von neun auf 20 Prozent mehr als verdoppelt. Menschen aus diesen Ländern wurde seit 2016 der Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland erleichtert.

Bremen: Private Pflegedienste fordern ein schnelleres Verfahren für die Anerkennung

Die Bremer Pflegewirtschaft warnt, sie könne die Pflegeversorgung mittelfristig nicht ohne Zuwanderung internationaler Fachkräfte sicherstellen. Deshalb müsse die Anerkennung dieser Kräfte „deutlich vereinfacht und beschleunigt werden“, sagte der Landesvorsitzende des Verbandes bpa, Sven Beyer.

Über 300.000 „MINT“-Arbeitskräfte fehlen

In Deutschland fehlen 311.300 Arbeitskräfte im naturwissenschaftlichen so genannten MINT-Bereich. Das ergab eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft. Es sei einer der höchsten Werte seit Beginn der Aufzeichnungen vor acht Jahren, so die Studie. In akademischen Berufen profitiere Deutschland vor allem von Zuwanderern aus Drittstaaten, in Facharbeiterberufen von Zuwanderung aus der EU. Derzeit seien rund 1,9 Millionen zugewanderte MINT-Kräfte in Deutschland erwerbstätig. Sie trügen mit rund 186 Milliarden Euro pro Jahr zur Wertschöpfung bei.



Foto: © David – stock.adobe.com

Die Schulen öffnen

Der Bremerhavener GEW-ler Nick Strauss wurde einst als Lehrer in Großbritannien angeworben und musste trotzdem über zehn Jahre auf seine Anerkennung warten. Heute hilft er zugewanderten Lehrkräften beim Weg in den Schuldienst.

Lehrer_innenmangel ist im Stadtstaat Bremen nichts Neues. Als der 2005 besonders schlimm war, machte die Stadtverwaltung von Bremerhaven sich in Großbritannien auf die Suche. Sie inserierte in der Times Education Supplement. Nick Strauss, damals Lehrer an einer Sonderschule im Londoner Stadtteil Camden, war angetan. Er und seine deutsche Frau wollten nach Deutschland ziehen, damit ihre Kinder hier zur Schule gehen können. Bremerhavener Beamte kamen für Bewerbungsgespräche nach Großbritannien und stellten mehrere Kolleg_innen ein. Strauss war einer von ihnen. 2006 fing er an der heutigen Oberschule am Ernst-Reuter-Platz als Lehrer an. Anerkannt wurde seine Ausbildung erst elf Jahre später. „Da habe ich deutsche Tugenden wie Geduld gelernt“, sagt Strauss.

Dank einer Ausnahmeregelung konnte er in Deutschland in seinem Beruf arbeiten, obwohl die Anerkennung zunächst fehlte. Viele andere eingewanderte Lehrer_innen haben da größere Schwierigkeiten. Im Dezember 2018 organisierte Strauss deshalb mit dem DGB Bildungswerk eine Informationsveranstaltung. Es kamen über 50 ausgebildete Lehrkräfte, einige stammten aus anderen EU-Staaten wie Frankreich oder Großbritannien, andere aus Drittstaaten wie Russland, der Türkei oder Kasachstan, auch Geflüchtete aus Syrien oder dem Irak waren darunter. Alle wollten wissen, was sie tun müssen, um an einer deutschen Schule unterrichten zu dürfen.

„Bis zur Anerkennung ist es ein extrem langer Weg“, sagt Strauss. Es gehe schon mit dem Sprachnachweis los. Nötig ist das Niveau C1, doch in manchen kleinen Städten gebe es nicht einmal B2-Kurse. In

Bremerhaven sei es gelungen, in Zusammenarbeit mit dem IQ Netzwerk und dem Schulamt einen C1-Kurs anzubieten, „aber das war der Einzige in der ganzen Stadt“. In Deutschland müssten Lehrkräfte zwei Fächer studieren. Viele andere Länder hingegen würden „nur als Einfachlehrer ausbilden“, sagt Strauss. Doch wer nur ein Fach vorweisen könne, für den sei hierzulande „grundsätzlich unmöglich, eine normale Anerkennung zu bekommen“. Strauss findet das vor allem deshalb absurd, weil im Schuldienst „sowieso alle auch fachfremd unterrichten müssen“.

Auch die unterschiedliche Länge der Ausbildungen – in Deutschland fünf Jahre plus Referendariat, in Großbritannien beispielsweise nur Bachelor plus einjährige Zusatzqualifikation – trägt dazu bei, dass etwa im Bundesland Bremen nicht einmal 30 Prozent aller Anträge anerkannt werden – trotz des Lehrkräftemangels.

„Lehrkräfte mit Migrationshintergrund sind nicht die Zaubermittel, aber ein gutes Bildungssystem würde eine deutlich bessere Repräsentation der ganzen Gesellschaft in der Lehrerschaft anstreben“, sagt Strauss. „Aber wenn man reihenweise geflüchtete Lehrer_innen davon ausschließt, ist das schwer zu erreichen.“ Er sieht nicht ein, weshalb diese nicht etwa zunächst herkunftssprachlichen Unterricht geben und andere Kolleg_innen unterstützen können, und dabei berufsbegleitende Qualifikation erwerben.

Doch das ist bestenfalls Zukunftsmusik. Was konnte er also angesichts dieser Hürden den Lehrkräften bei seiner Informationsveranstaltung raten? „Wichtig ist, dass sie sich organisieren“, sagt Strauss. So sei es unter anderem leichter, darauf zu achten, dass das Prüfungsamt „nicht immer unterschiedliche Anforderungen stellt“ und das ohnehin schwierige Anerkennungsverfahren so insgesamt wenigstens transparenter zu machen, sagt Strauss. Davon hätten alle etwas.



Sachverständige: Azubis sollen einwandern dürfen

In seinem Jahresgutachten hat der Sachverständigenrat Migration eine weitere Öffnung Deutschlands für Arbeitskräfte aus dem Ausland gefordert. „Dazu muss es sich als Einwanderungsland mit klaren Regeln positionieren“, sagte der Arbeitsmarktexperte und SVR-Vorsitzende Thomas Bauer bei der Vorstellung des Gutachtens.

Die zuletzt stark nachgefragte so genannte Westbalkan-Regelung habe dazu zwar gute Impulse gegeben. Sie sollte aber nicht einfach auf andere Regionen

übertragen werden, weil sie auf Qualifikationsvorgaben verzichte, so der SVR. Stattdessen sollen Drittstaatsangehörigen, die im Ausland eine Ausbildung durchlaufen haben, leichter zum Zweck der Nachqualifizierung nach Deutschland kommen können, als bisher. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz sollte „zügig verabschiedet und konsequent umgesetzt werden“, sagte Bauer. Die geplante Fassung beende die bisherige Bevorzugung von akademisch gegenüber beruflich qualifizierten Fachkräften. Künftig können auch letztere schon zur Arbeitsplatzsuche, also ohne feste Jobzusage, nach Deutschland kommen.

Für Zuwanderer, die zur Ausbildung ins Land kommen wollen, sollten spezielle Stipendienprogramme nach dem Vorbild der Förderung ausländischer Studierender erwogen werden, so der SVR. Der Forscher Bauer forderte, die EU-Binnenmobilität wieder stärker in den Blick zu nehmen. Geringqualifizierte zugewanderte Beschäftigte im Niedriglohnssektor benötigten effektiven Zugang zu Integrationskursen und anderen Qualifizierungsangeboten, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Jahresgutachten SVR: <https://bit.ly/2JySpXN>

Teilnahme am Integrationskurs wird leichter

Die Bundesregierung will Asylbewerber_innen einen besseren Zugang zur Sprachförderung geben. Sie sollen nach neun Monaten Aufenthalt an einem Integrationskurs teilnehmen können, wenn sie als arbeitssuchend gemeldet sind. Bislang galt dies nur für Gestattete mit guter Bleibeperspektive – derzeit sind dies Menschen aus Syrien, Eritrea, Somalia, Iran und Irak. Die berufsbezogenen Deutschkurse stehen nach dem neuen Gesetz zudem allen Schutzsuchenden offen, die seit mindestens sechs Monaten geduldet und als arbeitssuchend gemeldet sind. Der Bundestag muss noch über die Neuregelung beraten.

Von der Reform könnten pro Jahr etwa 10.000 Menschen profitieren, schätzt das Bundesministerium: Etwa 5.000 Personen mehr in den Berufssprachkursen und rund 4.400 zusätzliche Teilnehmer_innen in den Integrationskursen. Darüber berichtete zuerst der EPD. Rund 27.000 Menschen, die bereits in Deutschland sind und die neuen Voraussetzungen erfüllen, könnten sofort an den Kursen teilnehmen.

Derweil meldete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf), dass seit 2015 insgesamt über eine Million Geflüchtete und Zuwanderer an den Integrationskursen teilgenommen haben. Knapp die Hälfte davon waren Geflüchtete aus Syrien, dem Irak,

Iran, Somalia und Eritrea, je ein Viertel kam aus anderen Herkunftsstaaten und aus EU-Ländern. Im vergangenen Jahr bekamen rund 256.200 Menschen eine Teilnahmeberechtigung. Es war das erste Mal seit 2015, dass diese Zahl gegenüber dem Vorjahr gesunken ist. Die meisten nahmen am allgemeinen Integrationskurs teil, gefolgt vom Alphabetisierungskurs und dem Eltern- und Frauenintegrationskurs.

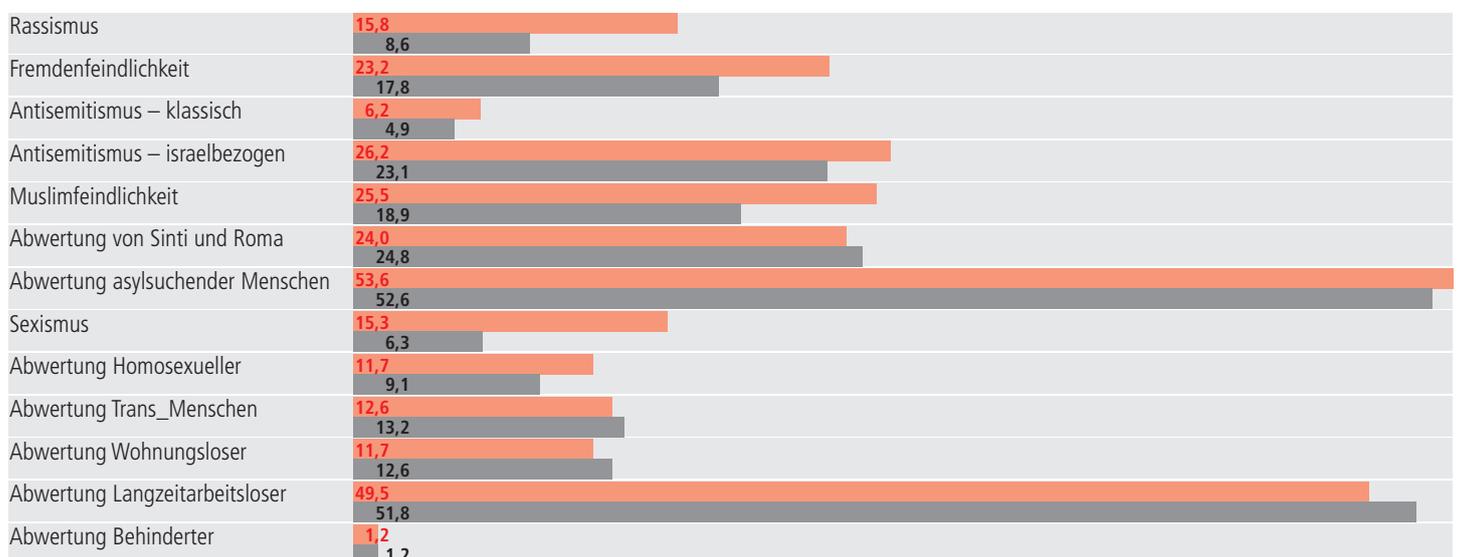
Mitte April war allerdings bekannt geworden, dass rund die Hälfte der Teilnehmenden den Deutschkurs im vergangenen Jahr nicht erfolgreich abschlossen.

<https://www.dgb-bildungswerk.de/forum-migration-mai-2019>

Gewerkschafter_innen nicht seltener menschenfeindlich

Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Abwertung von Flüchtlingen, Muslimen oder Jüd_innen ist unter Gewerkschaftsmitgliedern nicht geringer als in der Gesamtbevölkerung – teils sogar höher

Zustimmung zu Facetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (in %) · ■ = Gewerkschaftsmitglieder · ■ = nicht Gewerkschaftsmitglieder



*siehe: Friedrich-Ebert-Stiftung: Verlorene Mitte, Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Seite 98. <https://bit.ly/2UDM3rG>



News + Termine

Hoffmann: Parteien zu mutlos

DGB Vorstand Reiner Hoffmann hat den Parteien einen zu zögerlichen Europawahlkampf vorgeworfen. Alle Parteien seien „viel zu mutlos“ und viel zu lange auf Distanz zu Europa geblieben „nach dem Motto: Alles, was schlecht ist, kommt aus Europa – alles Gute kommt aus Deutschland“, so Hoffmann. Er verwies darauf, dass kein EU-Land in der Lage sei, große Umbrüche und Herausforderungen wie Globalisierung, Migration, Flucht, Digitalisierung und Klimawandel alleine zu bewältigen. Zugleich kritisierte er, dass oft nur Negativschlagzeilen über Europa produziert würden. In der eigenen Stadt und Gemeinde werde häufig nicht wahrgenommen, „wo Europa überall präsent ist und unseren Alltag verbessert“, so Hoffmann.

 Rede von Reiner Hoffmann zur EU und zum 1. Mai in der ARD: <https://bit.ly/30drlOa>

EU-Jugendstudie: Freizügigkeit positiv bewertet

Nach einer neuen Befragung des Instituts YouGov mit über 8.000 jungen Menschen in elf europäischen Ländern sieht rund ein Drittel Migration als Bedrohung. 43 Prozent der Befragten, die „Asyl und Migration“ als wichtigstes Problem nennen, betrachten indes offene Grenzen innerhalb der EU als Chance. Insgesamt stehe die Freizügigkeit „für junge Menschen nicht zur Diskussion“, so YouGov.

 TUI-Jugendstudie: <https://bit.ly/2VpZK2V>

Ehen: Nachzug scheitert an Sprachtests

Jeder dritte Deutsch-Test, den ausländische Ehepartner für den Familiennachzug ablegen müssen, wird derzeit nicht bestanden. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Gökay Akbulut hervor, über die zuerst die Funke-Mediengruppe berichtete. Demnach wurden 2018 rund 48.000 Prüfungen abgelegt. In etwa 16 000 Fällen fielen die Prüflinge durch. Die Prüfung kann allerdings beliebig oft wiederholt werden.

Neue Lage in Syrien? Bamf setzt Entscheidungen aus

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stellt derzeit Asylentscheidungen für Syrer_innen zurück. Das berichtete die Funke-Mediengruppe. Hintergrund ist, dass das Bamf seine internen Leitsätze aktualisiert und die Sicherheitslage in Syrien neu bewertet. Das Auswärtige Amt hatte Ende 2018 einen „Lagebericht“ zur Situation in Syrien vorgelegt und darin auch festgehalten, dass „in keinem Teil Syriens ein umfassender, langfristiger und ver-

lässlicher Schutz für verfolgte Personen“ bestehe. Eine offizielle Neubewertung des Konflikts in dem Kriegsgebiet gibt es durch das Auswärtige Amt bisher nicht. Flüchtlingsorganisationen befürchten, dass das Bundesamt künftig öfter Asylsuchende aus Syrien ablehne, weil nicht mehr in allen Regionen des Landes ein bewaffneter Konflikt herrsche. Im Mai aber gab es rund um die Stadt Idlib schwere Kämpfe und Massenvertreibungen.

Nur 39 Zuweisungen auf 765 Plätze: „Sicherer Hafen“-Städte kriegen kaum Flüchtlinge

Insgesamt 51 Städte haben ihre Bereitschaft erklärt, zusätzlich zu den gesetzlichen Aufnahmequoten aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen. Das Neue Deutschland hat herausgefunden, dass die Behörden seitdem nur 39 Flüchtlinge auf diese Städte verteilt hat, dabei stünden dort mindestens 765 Plätze bereit.

Neue DGB Broschüre: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auf der gleichen Autobahn“

Die DGB Beratungsstelle Faire Mobilität hat eine neue Broschüre zum Thema Lohndumping im internationalen Straßentransport herausgegeben. Sie bietet Informationen über den Einsatz von Kolleg_innen aus Mittel- und Osteuropa, die nicht nur unter miserablen Arbeitsbedingungen leiden, sondern denen auch der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland vorenthalten wird.

 Download: <https://bit.ly/2YmJNYb>

Termine

MENTO-Themenreihe: Grundbildung: Dimensionen der Grundbildung ausloten – gesundheitliche Grundbildung

22. Juni 2019

Veranstaltungsort: Arbeit und Leben Hamburg

MENTO-Modul Lernen. Lernprozesse begleiten und verstehen NRW

29. Juni 2019

Veranstaltungsort:

DGB Tagungszentrum Hattingen

Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt und Nord: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern

13. Juli 2019

Veranstaltungsort:

ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e.V.

NRW

22. Oktober 2019

Veranstaltungsort:

DGB Tagungszentrum Hattingen

MENTO-Modul Netzworke. Kreativ und effektiv netzwerken

Bayern und Baden-Württemberg

06. Juli 2019

Veranstaltungsort:

DGB Gewerkschaftshaus München

Berlin-Brandenburg und Sachsen

06. Juli 2019

Veranstaltungsort: Demokratie & Dialog e.V.

Nord: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

28. September 2019

Veranstaltungsort:

DGB Bildungszentrum Besenbinderhof Hamburg

MENTO-Basisqualifizierung. Kollegiale_r Ansprechpartner_in für Grundbildung und Alphabetisierung werden

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

Teil 1: 23. bis 24. August 2019

Teil 2: 30. bis 31. August 2019

Veranstaltungsort: Fulda

Sachsen und Berlin-Brandenburg

29. bis 31. August 2019

Veranstaltungsort: ARBEIT UND LEBEN Sachsen

Bayern und Baden-Württemberg

24. bis 26. Oktober 2019

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Bayern e.V.

MENTO-Modul Nachhaltigkeit. Grundbildung in den Betrieb einbringen und verstetigen

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

06. bis 07. September 2019

Veranstaltungsort: Bildungszentrum Oberjosbach

Nordrhein-Westfalen

20. bis 21. September 2019

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Berlin-Brandenburg und Sachsen

20. bis 21. September 2019

Veranstaltungsort: Berlin

Baden-Württemberg und Bayern

11. bis 12. Oktober 2019

Veranstaltungsort: Bad Herrenal

MENTO-Themenreihe: Grundbildung: Dimensionen der Grundbildung ausloten – gesundheitliche Grundbildung

Nordrhein-Westfalen

07. September 2019

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Baden-Württemberg und Bayern

19. Oktober 2019

Veranstaltungsort: Ulm

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<http://bit.ly/1Jv9okq>



Migranten schulden Deutschland nichts



© Foto: Ferda Ataman

Kommentar von Ferda Ataman, Publizistin

„Gastarbeiter“ ist wirklich ein schräges Wort. Wer bitte lässt seine Gäste Toiletten putzen und Akkordarbeit am Fließband verrichten? Einwanderer wie meine Eltern wurden geholt, um die Drecksarbeit zu machen. Das Wörtchen „Gast“ sollte eigentlich nur klarstellen: die gehen wieder. Doch das Rotationsprinzip war auf Dauer zu teuer für die Wirtschaft und die Bosse wollten ihre Arbeiter behalten. Dass ich 1979 als Kind von türkischen Gastarbeitern in Deutschland geboren wurde lag ausschließlich am wirtschaftlichen Interesse der Bundesregierung. Zu keiner Zeit ging es darum, Menschen aus ärmeren Ländern etwas Gutes zu tun. Man brauchte sie. Trotzdem erwarten viele Menschen bis heute Dankbarkeit von Migranten. Und diese Erwartung wird sogar vererbt. Auch ich soll dankbar sein, dass ich hier leben darf. Das ärgert mich.

Anfang der 70er-Jahre als sich die Gastarbeiter-Ära dem Ende neigte, wurden Frauen geholt, weil sie noch billigere Arbeitskräfte waren als Männer. Meine Mutter gehörte zur „Leichtlohngruppe“, was in ihrem Fall hieß, dass sie schlechter bezahlt wurde als männliche Gastarbeiter, die schon schlechter bezahlt wurden als Deutsche. Sie hat mir mal von dem Tag erzählt, an dem sie in Ankara zur Leibesvisitation einbestellt wurde: nackt hinstellen, Hände ausstrecken, Zunge raus. Dann abgetastet werden und ab aufs Klo, in einen Becher pinkeln. „Wir fühlten uns wie Vieh“, sagt sie. Die Gesundheitsprüfung in der „Deutschen Verbindungsstelle“ gab es, weil Gastarbeiter_innen nicht schwanger sein oder Geborenen mitbringen durften. Sie waren für harte Arbeit vorgesehen. Das kann man legitim finden. Aber eine Aktion der Nächstenliebe ist das nicht.

Die Menschen, die kamen, arbeiteten unter schlechten Bedingungen zu miserablen Löhnen und sollten schnell wieder gehen. Sie kannten ihre Rechte nicht,

waren ihren Arbeitgebern ausgeliefert und wurden oft ausgebeutet. So wie Armando Rodrigues de Sá, der millionste Gastarbeiter, der 1964 aus Portugal kam und in der Bundesrepublik mit einem Geschenk begrüßt wurde: ein Moped und ein Strauß Nelken. Das Schwarzweiß-Bild von der feierlichen Begrüßung des verdutzten Gastarbeiters am Bahnhof ist in die Geschichtsbücher eingegangen. Nach sechs Jahren kehrte Armando Rodrigues de Sá in die Heimat zurück und blieb dort, weil bei ihm Magenkrebs festgestellt wurde. Niemand hatte ihm in Deutschland gesagt, dass er Anspruch auf Krankengeld hatte. Seine gesamten Ersparnisse aus Deutschland gingen für die Behandlung drauf. Als er mit 53 Jahren verarmt starb, nahm die deutsche Öffentlichkeit keine Notiz davon.

Die meisten unserer Eltern haben diese Lebensphase als sehr schwere Zeit abgespeichert. Das hat auch uns geprägt. Man war nicht stolz darauf, Gastarbeiterkind zu sein. Das kommt erst jetzt: Ich bin stolz auf meine Eltern. Und umso mehr lege ich Wert darauf, dass niemand Dankbarkeit von uns verlangt.

Unsere Selbstwahrnehmung als migrationsfreundliche und (zu) tolerante Gesellschaft ist schief. Unsere Eltern sind keine Gäste, sie haben dieses Land mit aufgebaut. Wenn man ihnen gegenüber tolerant ist, dann nicht aus Großzügigkeit, sondern weil sie Bürger_innen dieses Landes sind und Rechte haben. Deutschland ist auch ihre Heimat und sie schulden ihr nichts. Die ewige Leier von der Dankbarkeit nervt nicht nur, sie ist auch unlogisch.

Wir diskutieren Migration in Deutschland eigentlich ausschließlich unter einem Gesichtspunkt: dem Nutzwert. Welche Migrant_innen bringen uns was und wie viele davon wollen wir haben? Menschen nur über ihren Gebrauchswert zu betrachten, ist eine Möglichkeit (wenn Sie mich fragen, die falsche). Aber dann darf man keine Dankbarkeit erwarten. Entweder. Oder.

Wenn wir über Dankbarkeit reden wollen, dann bitte anders herum: Unser Land verdankt seinen Migranten viel. Das gilt auch heute noch. Menschen kommen aus dem Ausland und schuften auf dem Bau oder arbeiten in Krankenhäusern auf dem platten Land, wo niemand hinziehen will. Migranten halten unser System aufrecht, oft nur für kleines Geld und unter prekären Bedingungen. Ohne Migration wäre unser Sozialstaat womöglich schon im Eimer und der Wohlstand in Gefahr. Doch bis heute gibt es keine offizielle Anerkennung für die Leistungen der Eingewanderten. In Schulbüchern und im Geschichtsunterricht findet dieses Narrativ nicht statt. Die Rolle unserer Eltern in Deutschland wird nicht erzählt oder wenn, dann nur als Erklärung, warum wir heute so viel über Integrationsprobleme reden.

Wir brauchen ein neues Narrativ. Eins, das auch uns mitnimmt und einschließt.

 Ferda Ataman ist Publizistin und schreibt die Heimatkunde-Kolumne bei Spiegel Online. Sie ist Vorsitzende der „Neue deutsche Medienmacher“ und Sprecherin der „neuen deutschen Organisationen“, einem bundesweiten Netzwerk von postmigrantischen Initiativen für eine offene Gesellschaft. Im April erschien „Hört auf zu fragen. Ich bin von hier“ im S. Fischer Verlag

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

